

Oefftl. Sitzung des Bezirksauschusses

Mittwoch, den 12. Februar 1930.

(Schluß.)

Das Besuch des Pächters des Grundstücks der ehemaligen Bezirksanstalt Ponisch im Zustimmung zur Errichtung einer Ausstellungshalle findet Genehmigung mit der Einschränkung, daß die Halle bei etwaiger Lösung des Pachtvertrages wieder zu beseitigen sei. Als schön wird der Entwurf nicht befunden, doch wird von einer Seite bemerkt, daß in der Nachbarschaft Häuser errichtet werden, die man ebenfalls nicht als schön bezeichnen könnte.

Die Weiterführung der Kraftwagenlinie Meißen-Diesdorf-Rähnitz nach Niesitz ist nunmehr, wie Bezirksrat Dr. Fald berichtet, vom Ministerium genehmigt worden.

Zur Kraftwagenlinie Meißen-Weinböbla teilt Dr. Fald mit, daß die Linie erstmalig ohne Zuschuß abgeschlossen hat, sich also finanziell selbst trägt.

Wegen der Linie Meißen-Coswig erhebt Bürgermeister Keil in Verbindung mit Brodowicz Vorstellungen. Erneuerung der Linie Meißen-Coswig sei vom Vormittags sechs Stunden ohne eine Verkehrsbedeutung. Er bittet erneut die Amtshauptmannschaft Schritte zu unternehmen, damit eine Beförderung eintretet. Amtshauptmann Schmidt sowohl wie auch Bezirksrat Dr. Fald sagen weitere Vorstellungen nach dieser Richtung zu.

Der Amtshauptmannschaft wird Ermächtigung erteilt, namens des Bezirksauschusses, Satzungen von Desinfektionszweckverbänden nach dem am 16. 12. 1929 gutgeheißenen Muster zu genehmigen. Regierungsamtmann Goldhan berichtet über die vorliegende Satzung für Deutschendorf, die genehmigt wird.

Anfährlichkeit herrschte allenthalben über die Gebühren für Nebenleistungen der Heimbürgerinnen, weshalb die Reduzierung der Gebühren erfolgen soll. Regierungsamtmann Goldhan berichtet über einen Entwurf, nach dem für die Einrichtungen der Heimbürgerinnen folgende Gebühren erhoben werden sollen: Pauschalgebühren für die Leiche eines Erwachsenen 12 bis 17 Mark, eines Kindes von 4 bis 14 Jahren 8 bis 11 Mark, eines Kindes unter vier Jahren 6 bis 8 Mark. Schreibgebühr für jeden Leichenschein 50 Pfennige, Pauschalvergütung für sämtliche Nebenleistungen (Sargbestellen, Trägerblüten, Kranztragen, Handreichungen am Grab u. a.) je nach Umfang 3 bis 8 Mark. Rastieren 3 Mark. Kilometergebühren bei einer Entfernung von mehr als drei Kilometer vom Wohnort der Heimbürgerin insgesamt 1.50 Mark, von mehr als vier Kilometern insgesamt 2 Mark, von mehr als fünf Kilometern insgesamt 2.50 Mark (für jeden weiteren Kilometer 50 Pfennige mehr). Bürgermeister Glöckner begt Bedenken, daß eine Einseitigkeit nicht zustandekommt, da die Städte bereits die Gebühren festgesetzt haben. Er empfiehlt deshalb vorher eine Fühlungnahme mit diesen und dem sächsischen Bürgermeistertag. Der Ausschuss stimmt dem zu, so daß die Vorlage einfließen zurückgestellt wird.

Ueber den Plan einer Elbuferstraße Meißen-Niesitz berichtet Amtshauptmann Schmidt. Von einer Reihe rechtselbiger Gemeinden unterhalb Meißens sei der Wunsch laut geworden, die früher schon geplante Uferstraße rechts der Elbe entlang zu fördern bzw. deren Bau vorzubereiten. Der Bezirk beyo, die Amtshauptmannschaft sei ersucht worden, die Sache zu fördern. Der Bezirk hat darauf zunächst geantwortet, daß er im Gegensatz zu früher jetzt ein unmittelbares Interesse an dem Bau der Straße nicht habe, daß ihn vielmehr heute andere Sorgen drücken. Auch der Staat werde heute kaum Interesse für den Bau der Straße aufbringen. Der Bezirk selbst habe nichts dagegen, wenn die beteiligten Gemeinden und Steinbruchbesitzer ernstlich die Sache fördern. Er hat zunächst die Bildung eines Zweckverbandes empfohlen, der die Dinge weiter treibt. Gutsbesitzer Trostschütz-Diera setzt sich dafür ein, daß die Straße über die Höhen ausgebaut werde, da dies weniger Kosten verursache. Bürgermeister Keil ist der Meinung, daß man von der ganzen Sache zunächst nur Kenntnis nehmen solle. Bürgermeister Glöckner-Weinböbla tritt für eine Besichtigung des gesamten Geländes für beide Straßen an Ort und Stelle ein. Amtshauptmann Schmidt erklärt, daß man die Initiative bei den interessierten Gemeinden und Steinbruchbesitzern belassen solle. Die Amtshauptmannschaft werde sich nicht dem Projekt entgegenstellen, wenn es an ihr sei, das Mögliche zur Verwirklichung des Planes zu tun.

Die Einführung einer Plakatsteuer wird von Bürgermeister Keil vorgeschlagen und gebeten, daß von der Amtshauptmannschaft ein Musterentwurf ausgearbeitet werde. Reg.-Rat Freiherr von Miltih erklärt dazu, daß Plakoststeuer in

Literatur und Rechtsprechung sehr umstritten seien, während das preußische Oberverwaltungsgericht diese Steuer als zulässig erkläre, würde sie vom sächsischen Oberverwaltungsgericht verneint, weil sie dem Reichspressgesetz widerspreche. Es widerstrebe, eine Satzung aufzustellen in einer Sache, für die beim Oberverwaltungsgericht keine Meinung bestünde. Amtshauptmann Schmidt empfiehlt der Gemeinde Brodowicz, verschärfte die Steuer einzuführen, damit der Bezirk einmal diese Frage durchsetzen könne.

Sodann regte Bürgermeister Keil an, der Bezirk möge sich einmal mit der Frage der ausgesteuerten Erwerbslosen befassen, da deren Einkünfte so minimal seien, daß ein Auskommen nicht mehr gesichert sei. Der Bezirksverband möge nach Mitteln und Wegen forschen, diesen zu helfen. Insbesondere möge sich der Finanzausschuss mit der Frage einmal befassen. Amtshauptmann Schmidt erwidert dazu, daß die ganze Angelegenheit Sache der Gemeinden sei und daß der Bezirk nichts dagegen habe, wenn die Gemeinden die Sätze erhöhen. Der Bezirk sei dazu nicht in der Lage, denn er müßte, wenn er seine Richtsätze erhöhe, automatisch auch die Sätze für Sozial- und Kleinrentner erhöhen, wenn er nicht inkonsequent sein wolle. Bürgermeister Glöckner erklärt auch, daß der Gemeindebürgerverband völlig ausfalle und daß es sich lediglich um die leistungsschwachen Gemeinden handeln könne, die dem Bürgerverband nicht angehören. Bürgermeister Pönisch empfiehlt Arbeitsbeschaffung; nur so sei den Arbeitslosen und insbesondere auch den Ausgesteuerten zu helfen. Amtshauptmann Schmidt erklärt zum Schluß, daß er nichts dagegen habe, daß der Finanzausschuss erörtere, inwieweit der Bezirk die Möglichkeit habe, den leistungsschwachen Gemeinden entgegenzukommen. Um der Arbeitsbeschaffung zu dienen, regt Baummeister Pönisch an, daß bringend etwas geschieht, um die Mietsteuern mittel- und langfristig zu verbergen, um so der Bauwirtschaft zu helfen und damit der gesamten Wirtschaft überhaupt. Bezirksamtmann Hübel macht Mitteilung von einer Eingabe der Gemeinde Coswig mit der Bitte, recht bald anzugeben, welche Mittel der Bezirk aus dem Ausgleichsstock zu erwarten habe. Bürgermeister Glöckner teilt dazu mit, daß die Verteilung am Sonnabend vor 14 Tagen erfolgt sei und Amtshauptmann Schmidt macht aufmerksamer, daß bereits die Mittel verbaut seien, die bis Mai hereinkommen. Darlehensaufnahmen könnten dann erst auf die später verfügbaren Mittel erfolgen. Amtshauptmann Schmidt erklärt, daß der Bezirk immer besorgt sei, Geld zu beschaffen. Leicht werde das allerdings in diesem Jahre nicht werden, doch werde alles getan, um die Bautätigkeit zu fördern.

Am Schluß der Sitzung angekommen, weist Amtshauptmann Schmidt darauf hin, daß man am Schluß einer dreijährigen Arbeitsperiode des Ausschusses angekommen ist. Drei Bezirksstage wurden abgehalten, 22 Sitzungen des Ausschusses, dazu eine große Zahl sonstiger Ausschusssitzungen. Er verweist auf die Entwicklung des Bezirkes, die alljährlich schriftlich niedergelegt wurde und in der die Arbeit des Ausschusses gewürdigt ist. Weiter weist er auf die Arbeiten der Gemeinden und Gemeindeverbände hin, deren Schwierigkeiten im wesentlichen in finanziellen Anforderungen lagen. Dazu in diesem Jahre die große Wirtschaftskrise, die die finanziellen Anforderungen noch erhöht und die Lage noch schwieriger macht. Es werde wahrscheinlich damit zu rechnen sein, daß man mit dem im Haushaltsplan eingestellten Summen nicht auskommen werde und daß man ebenso wie andere mit hohen Schuldbelastungen zu rechnen habe. Er dankt dann für die verständnisvolle Mitarbeit der Gemeinden und Gemeindeführer, unter denen von den 251 Gemeinden des Bezirkes nur eine geringe Zahl berufsmäßige Bürgermeister angestellt habe. Sein Dank gilt auch der Presse, die die Arbeit des Bezirkes verständnisvoll unterläßt habe, die weiteren Kreisen die Vorgänge und Beschlüsse in den Sitzungen zur Kenntnis brachte und auch sonst die Wünsche der Bezirksbehörden gern erfüllt habe. Weiter dankt er der Bezirksverwaltung und der Bezirksvertretung für die gute Zusammenarbeit, ohne die manches nicht zu tun und zum Erfolg zu führen gewesen wäre. Er würdigt auch die jederzeit sachlich geführten Verhandlungen; ohne die Sachlichkeit wäre die Zahl und die Länge der Verhandlungen oft größer gewesen. Der Finanzausschuss sei nach dieser Art eigentlich ein Musterparlament, hier werde selten mehr gesprochen als unbedingt notwendig sei.

Zum Schluß gibt er den etwa ausscheidenden Herren gegenüber der Hoffnung Ausdruck, daß sie sich der Arbeit zum Wohle des Bezirkes und seiner Bevölkerung gern erinnern und daß ihnen diese eine gewisse Befriedigung gewähren möge. Er wünscht unter Worten des Dankes allen Mitarbeitern Glück für die Zukunft.

Teilnahme an der Regierungsfürzerei wäre, zu unterstreichen.

Ähnlich urteilen die Dresdener Neuesten Nachrichten über die Deutschnationalen, indem sie schreiben: Wären die Deutschnationalen frei von der Diktatur Hugenberg's und seiner gelblichen Nachmittage, lebte in ihnen auch nur ein Hauch des alten pflichtbewußten Konservatismus, dann müßte schon ein ganz kleines Quantum staatsmännischer Einsicht sie dahin bringen, von der Linie einer Demotierungspolitik um jeden Preis abzurufen. . . . Wer die Dinge sieht, wie sie nun einmal sind, wird sagen müssen, daß nur eine starke Verbreiterung der Basis den politischen Bau Sachsens statisch sichern kann. Die Spitze wird so lange wackelig sein, solange die Wälder von zwei, drei Steinen im Unterbau das Ganze ins Wanken bringen kann.

Der Dresdener Anzeiger hält das Schicksal des Kabinetts auch jetzt noch nicht als endgültig entschieden. Es bestehe immer noch die Möglichkeit, daß eine der Parteien, die für die Bekundung des Mißtrauens an sich seien, nur dem eigenen, aber nicht dem Antrage der anderen Partei zustimme.

Die Dresdener Volkszeitung schreibt: Auf der gegenwärtigen Grundlage kommt eine Regierung für Sachsen nicht mehr in Betracht. . . . Die Zustimmung der sächsischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu einem Mißtrauensantrag gegen die Büniger-Regierung berührt keineswegs die Stellung der Partei zum Young-Plan selbst. Seit Bestehen des Kabinetts Büniger führte die sozialdemokratische Fraktion den schwersten Kampf. Es hieß Charakter verheben, wollte die sozialdemokratische Fraktion die Gelegenheit vorbeigehen lassen. Das Sündenregister des Kabinetts Büniger ist so groß, daß es höchste Zeit wird, es von der Bildfläche hinwegzuführen. Ohne sich also mit der Begründung der Mißtrauensanträge, die auf der Zustimmung zum Young-Plan refulterten, einverstanden zu erklären, wird die Sozialdemokratie die Gelegenheit benutzen, der Regierung das Mißtrauen auszudrücken.

Kleine Nachrichten

Grundvermögenssteuer und Hypothekenschulden.
Berlin. In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtage wurde die Frage gestellt, ob nicht irgendwelche Möglichkeiten beständen, die in Form von Hypotheken eingetragenen Schulden bei der Steuer vom Grundvermögen zu berücksichtigen, um den durch die ganze Wirtschaftslage herbeigeführten Belastungen des Steuerpflichtigen durch die Steuer vom Grundvermögen zu entlasten. Die der Antilche Preussische Pressedienst der Antwort des Finanzministers entnimmt, bestehen solche Möglichkeiten nicht. Die Berücksichtigung der Hypothekenschulden würde auf der Realsteuer eine Personalsteuer machen. Mangelnde Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen infolge Verschuldung kann nur bei der Herabsetzung der Steuer in gewissem Umfang im Billigkeitswege berücksichtigt werden. Dies geschieht.

Fraktionsführung der Wirtschaftspartei.
Berlin. Die Wirtschaftspartei hielt in ihrer Fraktionsführung am Donnerstag an dem von dem Abg. Bredt im Plenum gefestigten Standpunkt fest, daß die Partei die Annahme des Young-Planes ablehnen müsse. Die Partei wird außerdem beantragen, die Beschlußfassung über den Young-Plan so lange auszuschieben, bis die Finanzreform festgelegt ist.

Sühne für Antiepow verlangt.
Paris. General Gulewitsch, der Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger Offiziere des Regiments Probratschenko, dessen letzter Kommandant der verschundene General Antiepow war, hat an den Ministerpräsidenten Tardieu einen von 11827 in Frankreich lebenden Russen unterzeichneten Brief geschickt. In diesem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß Antiepow, dem Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch seine Nachfolge übertragen habe, die Hoffnung auf die nahe Befreiung Russlands verlor. In dem Schreiben wird weiter aufgeführt, die in Frankreich lebenden Russen zweifeln nicht daran, daß die Justiz gegen alle Schuldigen vorgehen werde.

Die Todesfälle in der britischen Luftfahrt.
London. Im Unterhaus gab der Unterstaatssekretär für Luftwesen die Erklärung ab, daß die Unglücksfälle britischer Zivilflugzeuge im Jahre 1929 33 Todesopfer gegen 19 im Jahre 1928 gefordert hätten, bei den Unfällen britischer Militärflugzeuge betrage die Zahl der Todesfälle 42 im Jahre 1929 gegen 76 im Jahre 1928.

Sicherungsmaßnahmen in Spanien.
Madrid. Der Innenminister hat die Abteilungsbeamten angewiesen, jeden Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, streng zu bestrafen. Den Behörden wird aufgegeben, alle notwendigen Maßnahmen gegen Aufbebung zu treffen.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 14. Februar 1930.

Wertblatt für den 15. Februar.
Sonnenaufgang 7¹⁴ | Mondaufgang 20¹⁷
Sonnennuntergang 17¹⁷ | Monduntergang 8⁵⁰
1781: Der Dichter Gotthold Ephraim Lessing gest.

Welfflucht.

Vor kurzem las man, daß zwei Menschen mitten aus dem Zivilisationszentrum einer Weltstadt sich auf eine unbewohnte Insel im Weltmeer geflüchtet haben, „des Treibens müde“ und ruhelos nach dem lauten Rärm der Welt, der sie entzogen waren. Der Ruf der Einsamkeit mag sie anlockt, mag sie zur Flucht aus der Öffentlichkeit veranlaßt haben. Der Ruf der Einsamkeit! Wenn wäre er nicht schon einmal aus Ohr geklungen, wer hätte sich in Stunden der Verzweiflung und des Verdrusses nicht schon einmal gesagt: „Wird ab, was dich plagt, laß diese Welt mit ihren Täuschungen und Enttäuschungen hinter dich und reite dich an den Ufern der Mutter Natur, um fernab von den Menschen wieder — Mensch zu werden!“ Fast jeder von uns hat solche „Zustände“ einmal erlebt, fast jeder von uns wird irgendwann einmal, was ihn umgibt, so zum Vast, daß ihn „der Menschheit ganzer Jammer umgibt“, daß er von diesem und jenem nichts mehr sehen möchte, nichts mehr hören will, daß er allein sein möchte, mitunter seelenallein. Für Menschen ohne innere „Demungen“ genügt nicht selten ein geringfügiger Anlaß, um sie in eine Einsamkeit zu treiben, aus der es keine Rückkehr zur Weltfreude mehr gibt. In Augenblicken, in denen das seelische Gleichgewicht aus Wanken gerät, löst die Einsamkeit als die Tröstlerin, die „alles Leid und Schmerz stillt“. Jeder weiß, daß es Zeiten gegeben hat, in denen Welfflucht und Welfflucht Noterkrankheiten waren, in denen jeder eine „Werternatur“ sein wollte, in denen man sich empfindbar der Einsamkeit ergab. Aber wer sich der Einsamkeit ergab, ist bald allein, und es ist ein Gift, daß wir heutigen im allgemeinen seelisch robuster und widerstandsfähiger sind gegen die kleinen und größeren Nöden, Schläge, durch die sich frühere Geschlechter aus den Angeln der Umwelt heben ließen. Man soll niemals über das Ziel hinausschießen. Einsamkeit ist gut, unter gewissen Verhältnissen ganz bestimmt! Aber der Welt, und mag sie noch so schmerzhaft sein, ganz den Rücken kehren und die Welfflucht zum Prinzip erheben — nein, das sollte man denn doch nicht! Um mitzukämpfen, sind wir in die Welt gesetzt, und keiner sollte vor der Zeit die Waffen niederlegen und tabernlichlich werden!

Nichtlinien für den Ausbau von Fernverkehrsstraßen. Die Industrie- und Handelskammer Dresden nahm dem Deutschen Industrie- und Handelskongress gegenüber zu dem Entwurfe von Richtlinien für den Ausbau von Fernverkehrsstraßen Stellung. Sie wandte sich dagegen, daß nach § 4 des Entwurfes neben den bestehenden Straßenteilen in Breite von 6 Meter an beiden Seiten noch ein unbefestigter Streifen von 1 Meter vorgegeben ist. Durch diese Streifen mit weicher Oberfläche kommen die Kraftfahrzeuge oft in große Gefahr. 6 Meter Regelbreite einer befestigten Fahrbahn sind überdies bei dem heutigen schnellen Verkehr für Fernverkehrsstraßen ungenügend. Das Ausweichen weicher Kraftfahrzeuge in voller Fahrt ist bei einer derartigen geringen Breite mit Gefahr verbunden, vor allem bei nassen Wegen. Weiter wurde § 6 beantragt, eine zu große Neigung des Querprofils zu vermeiden, da stark gewölbte Straßen in nassem Zustande sehr gefährlich sind. Es wurde darauf hingewiesen, daß neuerdings mit Erfolg die Querneigung nur nach einer Seite angewendet worden ist, was sowohl für das Fahren wie wegen der billigen Herstellung zweckmäßig erscheint. Bei § 11 wurde die vorgesehene Befestigung mit Straßenräumen sehr befürwortet. Es wurde als Ergänzung eine Vorchrift vorgeschlagen, daß die Wäbde und Baumstämme weiß zu tünchen sind, wie dies in Sachsen schon durchgeföhrt ist. Diese Maßnahme erweist sich bei Nebel und bei Nacht vor allen Dingen an Krümmungen als überaus praktisch. Ferner wurde es zu § 18 als erwünscht bezeichnet, nach Möglichkeit Umgehungsstraßen um die einzelnen Ortschaften anzulegen.

Der Landwirtschaftliche Hausfrauenverein hielt am Mittwoch eine gubeluchte Versammlung im „Lindenlocher“ ab, zu der auch die Mitglieder des städtischen Frauenvereins und sonstige Interessenten geladen und erschienen waren. Nachdem ein humoristischer Film gelaufen war, sprach Dr. Treischke von sächsischen Milchausfuhr über „Milch und ihre Behandlung zur Erhaltung der Vitamine und der anderen wertvollen Milchbestandteile“. Anschließend wurde der Milchwerbdesim „Eia“

der Lagerhaltung von Roggen den Vorzug vor der Erhöhung des Wertes der Einfuhrscheine gegeben, weil die ausländische Landwirtschaft nicht in den Stand gesetzt werden sollte, den deutschen Roggen, der gegenwärtig dank dem Einfuhrschemismus auf dem Weltmarkt für 100 Mark pro Tonne zu kaufen sei, noch billiger zu erwerben und damit der deutschen Viehwirtschaft schwersten Schaden zuzufügen. Wenn, wie vorgesehn, 200 000 Tonnen Roggen durch die Tätigkeit der mit der Stützung des Roggenmarktes beauftragten Gesellschaften aus dem Markt genommen würden, so sei damit der Zwang zur Ausfuhr um jeden Preis gemildert. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß damit auch der Preis des deutschen Roggens auf dem ausländischen Markt ansteige.

Vor Neuwahlen zum Landtag?

Die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei und des sächsischen Landvolkes haben die Erklärung abgegeben, daß sie für den nationalsozialistischen Mißtrauensantrag stimmen werden. Ferner hat auch der sozialdemokratische Fraktionsführer eine unverfälschte Erklärung abgegeben, so daß nur noch der letzte Ausweg der Neuwahlen als möglich erscheint, um die Krise zu beenden.

Die Blätter nehmen zu der entstandenen Regierungskrise ausführlich Stellung. Die Dresdener Nachrichten schreiben u. a.: Der Umstand, daß sich die sächsische Regierung im Reichsrat nicht wie Bayern zur Stimmhaltung entschließen konnte, obwohl sie aus koalitionsstatistischen Erwägungen nicht nur auf die Nationalsozialisten, sondern auch auf die Deutschnationalen Rücksicht zu nehmen hatte, bringt sie jetzt in diese schwierige und vorläufig aussichtslose Lage. . . . Daß sich die Deutschnationalen bei dieser Gelegenheit in die Front der Regierungsgegner stellen werden, ist nicht anzunehmen. Ihre ablehnende Stellungnahme zum Young-Plan ist so allgemein bekannt, daß sie es nicht nötig haben, diese durch eine so überflüssige und für die sächsische Entwicklung schädliche Geiste, wie es ihre